

Rede von
Minister Walter Hirche
„Gleiche Lebensverhältnisse in Ost und West?“
am 08.02.2005
in Hannover

Herr Dekan, Frau Verstyl, Herr Krüger,
meine sehr verehrten Damen und Herren,

ich darf mich zunächst einmal für die Gelegenheit bedanken, hier einige Auffassungen zur Fragestellung „Gleiche Lebensverhältnisse in Ost und West?“ vorzutragen.

Das Thema ist seit 15 Jahren aktuell und ich sage auch voraus, dass es in 15 Jahren noch aktuell sein wird, weil gesellschaftliche Entwicklungen immer einen längeren Zeitraum brauchen. Auch 15 Jahre nach der Deutschen Einheit verläuft die wichtigste Scheidelinie der Nation immer noch zwischen Ost und West und die Mauer in den Köpfen ist noch nicht verschwunden. Das zeigt sich immer wieder. Es ist noch lange nicht zusammengewachsen, was eigentlich zusammengehört. Das ist kein Widerspruch zu der Entwicklung, die wir in Teilen der Jugend haben, in Teilen der Gesellschaft, sondern das ist zunächst mal eine Aussage, die sich auf ein Mehrheitsergebnis gründet. Dabei berücksichtige ich durchaus, was Klaus von Dohnany 1992 in einer Diskussion auf der Leipziger Messe gesagt hat, es habe nach seiner Auffassung drei historische Scheidelinien in zweitausend Jahren deutscher Geschichte gegeben, die unterschiedliche Entwicklungen großräumiger Art zur Folge gehabt hätten. Die erste sei der Limes gewesen, durch den sehr unterschiedliche

Entwicklungen im Süden und Norden Deutschlands bewirkt worden seien. Die zweite sei die Reformation gewesen und die dritte sei die Trennung zwischen Deutschland Ost und West gewesen. Auf das kurze Hochziehen einer Augenbraue meinte er hinzufügen zu müssen, man dürfe nicht vergessen, dass in heutigen Zeiten 50 Jahre Trennung unter den totalitären Medienbedingungen der DDR ganz andere Wirkungsfolgen auftraten als das früher der Fall war, wo man vielleicht auch in Deutschland das russische Sprichwort anwenden konnte „Russland ist groß, der Zar ist weit“, also Deutschland war groß und der Kaiser war weit weg. Es gab keine einheitliche Doktrin im Lande. Das ist in modernen Diktaturen völlig anders, denn hier wird der Versuch gemacht, z. B. auch über gezielte Jugenderziehung bestimmte Stromlinien zu erzeugen.

Meine Damen und Herren,

im Grundgesetz in Art. 72 Abs. 2 findet sich der Begriff der Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse. Ich beginne damit etwas formal. Diese Vorschrift wurde erst 1994 geändert, also nach der Deutschen Einheit. Davon lautete das Gebot nicht Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse, sondern Wahrung der Einheitlichkeit der Lebensverhältnisse. Also es ist hier durchaus der Versuch gemacht worden, etwas Dynamik in das Ganze hinein zu bringen und mit den Begriffen auch die Inhalte zu verändern. Diese Grundgesetzänderung hat sich seinerzeit ziemlich geräuschlos vollzogen. Sie wurde damit begründet, dass den Ländern im Rahmen ihrer Gesetzgebungskompetenzen wieder mehr Macht zukommen sollte. Sie stellte aber auch einen neuen Wertmaßstab fest. Die klare und eindeutige Forderung nach einer Einheitlichkeit der Lebensverhältnisse wurde ersetzt durch den dehnbaren Begriff der Gleichwertigkeit. Dabei geht es nicht nur um juristische Haarspalterei zwischen Gleichwertigkeit und Einheitlichkeit. Wir streiten nicht um Begriffe, die im

Grunde fast dasselbe aussagen. Ich denke, das Verfassungsziel gleichwertiger Lebensverhältnisse ist klar formuliert, aber das ist etwas Anderes als Gleichheit oder Einheitlichkeit. Roman Herzog, der frühere Bundespräsident, hat dazu gesagt, „Wir dürfen Gleichwertigkeit nicht verwechseln mit Gleichheit und Egalisierung“. Und mit seiner Einschätzung, dass gleiche Lebensverhältnisse in ganz Deutschland auch zukünftig nicht zu erwarten sind, hat der jetzige Bundespräsident Horst Köhler im vergangenen Herbst eine hitzige Debatte ausgelöst. Köhler hatte im Nachrichtenmagazin Focus gesagt, die Menschen in Deutschland müssten sich mit den abweichenden Lebensverhältnissen abfinden. Und er hat gesagt, wer diese Unterschiede einebnen will, ich zitiere noch mal „zementiert den Subventionsstaat und legt der jungen Generation eine untragbare Schuldenlast auf, wir müssen wegkommen vom Subventionsstaat“, so Köhler im Originalton. Die Reaktionen auf diese Äußerung reichten von überschwänglichen Beifallsbekundungen bis hin zu heftigen Anfeindungen. Leider wurde die sich anschließende öffentliche Diskussion fast ausschließlich auf die Transferzahlungen zwischen den alten und den neuen Bundesländern reduziert. Das war und ist sehr bedauerlich, da Köhlers Anmerkungen nach meiner persönlichen Auffassung von grundsätzlicher Bedeutung sind.

Allerdings müssen wir vielleicht auch stärker wahrnehmen, dass das bundesdeutsche, ich sage einmal das westdeutsche Einordnen von gesellschaftlichen Entwicklungen zwischen 1945 und 1990 ganz intensiv etwas mit monetären Bewertungen, mit ökonomischen Erfolgen zu tun hatte, weil das die Möglichkeit war, politische Diskussionen über die Rolle Deutschlands in der Welt oder in Europa zu vermeiden. Alle Probleme wurden an der Elle gemessen, wie viel wirft die Volkswirtschaft ab, wie

viel Geld können wir zum Beispiel Entwicklungsländern geben, was kann der Staat dort tun.

Festzustellen ist aber, dass mehr als 50 Jahre nach Gründung der Bundesrepublik die Lebensverhältnisse nicht nur in Ost und West unterschiedlich sind. Gleiches gilt für Nord und Süd. Auch wir im Westen haben zum Teil große Unterschiede zwischen den Bundesländern, die in unserer Wahrnehmung kaum noch eine Rolle spielen. Wenn man genauer hinschaut, dann entdeckt man, dass sogar die Lebensverhältnisse in einzelnen Regionen eines Bundeslandes sehr weit auseinander gehen. Ich will Ihnen jetzt, bevor ich zu Niedersachsen komme, nur eine Zahl nennen, die mir gestern aufgefallen ist. Das niedersächsische Bruttoinlandsprodukt für das letzte Jahr belief sich auf 185 Mrd. Euro, in Bayern auf 380 Mrd. Euro. Nun weiß jeder, Bayern hat nicht nur 8 Mio. Einwohner wie Niedersachsen, sondern 12 Mio., also 50 % mehr. Aber das Bruttoinlandsprodukt ist um mehr als 100 % höher. Also ist hier ein erheblicher Unterschied. Aber auch in Niedersachsen haben wir zum Beispiel drei relativ große Regionen, die ich als Problemräume bezeichnen würde. Da ist der Küstenraum mit der Unterweser, den Landkreisen Wesermarsch, Cuxhaven und Wilhelmshaven, dann das gesamte südliche Niedersachsen mit dem Harz, dem Raum Göttingen-Northeim und dem Weserbergland oder die Region Nordost-Niedersachsen mit den Landkreisen Lüchow-Dannenberg und Uelzen. Anhand von zwei konkreten Beispielen möchte ich die unterschiedliche Situation beschreiben. Im ehemaligen Zonenrandgebiet im Nordosten von Niedersachsen liegt Lüchow-Dannenberg. Seit Jahren liegt hier die Arbeitslosenquote deutlich über dem Landesschnitt. Im Jahr 2004 waren im Durchschnitt dort 15,8 % der Einwohner ohne Arbeit. Im Vergleich dazu hatte der Landkreis Vechta im mittleren Westen unseres Landes eine durchschnittliche Arbeitslosigkeit 2004 von 5,7 %. Das ist ein Unterschied von über 10 %.

Übrigens genau 9,9 Prozentpunkte trennen den Arbeitsmarkt in Ost und West. Aber festzuhalten ist auch, dass das jeweils sehr große Gebiete betrifft. Und deswegen kann man die kleinräumigen Zahlen nicht unbedingt mit den großräumigen vergleichen. Im Jahresschnitt 2004 hatten wir in Westdeutschland eine Arbeitslosenquote von 8,5 %, in Ostdeutschland von 18,4 %. Aber große Unterschiede gibt es auch beim Bruttoinlandsprodukt. Ich habe eben die Gesamtzahl für Niedersachsen und Bayern genannt, aber lassen Sie mich mal sagen, dass BIP pro Einwohner im Jahr 2002 im Landkreis Oldenburg bei 16.100 Euro pro Einwohner lag und daneben im Landkreis Vechta bei 24.700. Das heißt fast 50 % mehr, auch wenn das wie gesagt kleinräumig ist. Aber von einer Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse kann man auch in diesem Zusammenhang nicht sprechen. Und auch die aktuellen Erkenntnisse über die zukünftige Entwicklung in einzelnen Regionen lassen eine Angleichung der Lebensverhältnisse nicht erwarten. Grund dafür ist die - und das gilt jetzt für den Westen wie den Osten - unterschiedlich demographische Entwicklung. So ist zum Beispiel in Niedersachsen der Landkreis Cloppenburg der jüngste in ganz Deutschland. Gut ein Drittel der Bevölkerung ist jünger als 25. Das ist fast die Zahl, die sie in den arabischen Ländern haben wo 50 % unter 25 sind. Die Stadt Oldenburg und der Landkreis Cloppenburg werden zum Beispiel bis zum Jahr 2020 zu den eindeutigen Gewinnern bei der Bevölkerungsentwicklung deutschlandweit gehören. In Ostdeutschland dagegen und auch in Niedersachsen am Ostrand unseres Landes, dem ehemaligen Zonenrandgebiet, stellen wir fest: Alterung der Bevölkerung (weitaus höchstes Durchschnittsalter) und Wanderungsverluste. Die Landkreise Lüchow-Dannenberg zum Beispiel und Osterode am Harz haben keine positiven Prognosen, weil die Geburtenraten seit Jahren stetig zurückgehen und gleichzeitig ein überdurchschnittlich hoher Anteil an Älteren und Alten in

diesen Kreisen lebt. Unterschiedlicher als zum Beispiel zwischen Osterode und Cloppenburg können die Zukunftsaussichten nicht sein. Das ist mit enormen politischen Folgen verbunden, denn wirtschaftliche Entwicklung hat ja mit Dynamik und Zukunftsperspektiven zu tun und diese wiederum hat auch mit dem Durchschnittsalter der Bevölkerung zu tun. Was für Ostdeutschland besonders bemerkenswert ist, ist, dass es Hinweise gibt, dass insbesondere junge Frauen Ostdeutschland verlassen. Wenn das statistisch noch weiter verifiziert wird, ist das zugleich ein Teil einer Erklärung dafür, warum die jungen Männer, die überproportional zurückbleiben, sich zusammenschließen und politisch besonderen extremen Richtungen nachlaufen. Diese Folge wird auch aus anderen Staaten der Erde berichtet. Ein wahrhaftinteressantes Phänomen.

Das wichtigste politische Instrument zur Erreichung gleichwertiger Lebensverhältnisse in Deutschland ist bis heute der Länderfinanzausgleich in Verbindung mit Bundesergänzungszuweisungen. Auch hier finden sich die wesentlichen Vorschriften im Grundgesetz. Darin werden im Zusammenhang mit dem Finanzausgleich drei Stufen genannt. Zunächst wird Bund und Ländern die Ertragshoheit für bestimmte Steuerarten zugewiesen, Quoten werden festgelegt und so weiter und so fort. In einer zweiten Stufe wird die Aufteilung unter den Ländern geregelt, durch Gesetz korrigiert und so weiter. In einer dritten Stufe weist dann der Bund den Ländern ergänzende Mittel zu. Nach diesem System - ich habe das nur skizziert - wurden im Jahr 2003 finanzielle Umschichtungen von 31,2 Mrd. Euro vorgenommen, unabhängig von Transferzahlungen zwischen Ost und West.

In der Diskussion über Föderalismusreform im letzten Jahr wurde darüber gestritten, wieweit die Angleichung der Lebensverhältnisse dem Ziel

Nivellierung dienen sollte. Einer solchen Nivellierungsidee allerdings - das ist noch eine andere Dimension der Gleichwertigkeit von Lebensverhältnissen, die im Grundgesetz festgehalten ist - wird von Vertretern des Wettbewerbsföderalismus ausdrücklich widersprochen. Vielmehr geben diese Exponenten das Ziel Gleichwertigkeit in der Konsequenz völlig auf. Ob das richtig sein kann, lasse ich für heute Abend dahingestellt. Aber meine Bemerkung, dass ich das dahingestellt lasse, soll durchaus einen gewissen Vorbehalt deutlich machen, denn m. E. geben diejenigen, die dieses Ziel völlig aufgeben, auch die Bundesrepublik Deutschland als föderalen Staat auf. Es gibt in unserem Staat - ob man das mit Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse bezeichnet oder mit anderen Begriffen - und in jedem Bundesland eine gewisse Verpflichtung auf Ausgleich.

Wenn man die Länder dazu veranlassen könnte, ihre Ausgaben an den tatsächlichen Einnahmen auszurichten, dann wäre das schon ein wichtiger Punkt. Es ist aus meiner Sicht nicht einzusehen, und das gilt für Süd und Nord im Westen aber auch für West und Ost im Verhältnis zueinander, dass die so genannten armen Länder bei sich etwa in der Betreuung von Kleinkindern, in der Betreuung im schulischen Bereich mit den Geldern die sie von den reicheren Ländern bekommen, bessere Verhältnisse schaffen als diese Länder bei sich zuhause haben, so dass etwa eine Diskussion in Bayern mit dem Tenor ausgelöst wird, wir in Bayern haben Klassenfrequenzen von 32 in der Schule, die Niedersachsen und die Sachsen-Anhaltiner leisten sich - das sind gegriffene Zahlen - 28, und darüber hinaus müssen wir uns den Vorwurf der Opposition in Bayern anhören, dass wir hier so schlechte Verhältnisse in den Schulen haben. Das gleiche gilt für die Zahl der Polizisten pro Einwohner.

Es sind beliebige Dinge, die man hier nennen kann, wenn die finanzschwachen Länder so weiter verfahren. Fazit bleibt, dass dann, wenn in den Nehmerländern z. B. sehr viel mehr Bedienstete im öffentlichen Dienst tätig sind, als in den süddeutschen Ländern, dass bei einem Fortfahren auf diesem Wege das Zerbrechen des Restes an Solidarität droht. Das Kernproblem liegt aber in diesem Zusammenhang nicht nur zwischen den Ländern, sondern darin, dass der Bund, und man kann fast sagen, unabhängig von den Regierungen, auch wenn es sich jetzt besonders stark ausprägt, Sozial- und Bürokratiestandards vorgibt, die zu erfüllen sind, die die Länder erst in bestimmte Schuldensituationen hineintreiben. Der Bund nimmt den Ländern damit die Freiheit, aufgrund ihrer Finanzsituation selber bestimmte Dinge zu entscheiden und wundert sich, dass sie in die Verschuldung hineinlaufen. Bestimmte etablierte Formen des so genannten kooperativen Föderalismus haben in diese Richtung geführt.

Das Instrument der „Gemeinschaftsaufgabe zur Förderung der regionalen Wirtschaftsentwicklung“ zum Beispiel ist durchaus zweifelhaft. Es hat auch bei der Entwicklung in Ostdeutschland eine eher problematische Rolle gespielt. Das sage ich nicht zuletzt aus meiner Erfahrung als ehemaliger Wirtschaftsminister in Brandenburg. Natürlich habe ich damals wie jeder der Kollegen versucht, so schnell wie möglich neue Industrie anzusiedeln. Das war insofern erfolgreich, als Brandenburg am Ende meiner Amtszeit 1994 die höchsten Investitionen pro Einwohner und die geringste Arbeitslosigkeit aller ostdeutschen Bundesländer hatte. Der Ansiedlungswettbewerb hat leider oft dazu geführt, eine Kapazität aufzubauen, die nicht nur für das Bundesland X reichte, sondern so groß war, dass die ganze ehemalige DDR versorgt werden konnte. Beispiele finden sich etwa bei Betonfabriken, Ziegelsteinfabriken, Fensterfabriken. Es

sind nicht zu 100 % neue Kapazitäten geschaffen worden, sondern mit Mitteln des Bundes von 5 Ländern teilweise 5 mal 100 %. Und hinterher wunderte man sich, dass diese Fabriken - nach der Boomphase 1991 - 93 - nur zu 20 oder 25 % - je nach Markterfolg - ausgelastet waren. Das GG-Instrument Gemeinschaftsaufgabe hat mangels Koordination zwischen Ländern und Bund eine Verschleuderung von öffentlichen Geldern bewirkt, ohne dass es der wirtschaftlichen Entwicklung in den neuen Ländern genutzt hätte. Es ist im Gegenteil vorübergehend eine Erfolgsgeschichte suggeriert worden, um anschließend den Menschen mitteilen zu müssen, das hat nicht funktioniert. Ergebnis: Die Arbeitslosigkeit war wieder da. Damit war aber nicht nur Geld verloren, sondern viel schlimmer war, dass das Vertrauen verschüttet wurde, dass die Mechanismen, die im Westen das Wirtschaftswunder bewirkt hatten, im Osten ebenso wirken würden. In Wirklichkeit hatte man, vor allem in der Lohnpolitik, die Marktmechanismen missachtet. Marktwirtschaft wurde und wird deshalb in Ostdeutschland vielfach als negativ und feindlich empfunden. Dazu kommen dann bestimmte Großinvestitionen Ende der 90er Jahre, die völlig am Bedarf vorbei erfolgten. Deren Scheitern belegt dann alle Vorurteile gegen den „Kapitalismus“. Die schöne alte DDR-Idylle ließ grüßen.

Es ist natürlich in der Rückschau eine triviale Erkenntnis, dass das System der zentralen Planwirtschaft aus sich heraus dazu beigetragen hat, den Zusammenbruch der DDR herbeizuführen. Das Problem ist nur, dass das 1989 der Bevölkerung weder im Osten noch im Westen so offenkundig war, wie den meisten Ökonomen. Ein bisschen war die psychologische Situation im Hinblick auf die Wirtschaft der gesellschaftspolitischen Situation am Ende des ersten Weltkrieges vergleichbar. 1918/19 wurde aufgrund der Tatsache, dass die damaligen Feinde Deutschlands

einmarschiert nicht in Deutschland einmarschiert waren, geschlossen, der Waffenstillstand, Demokratie und Versailles-Frieden seine ein Dolchstoß in den Rücken. Angeblich war man ja „unbesiegt“. Diese Befindlichkeit hat dann psychologische Prozesse bis hin zur Begünstigung des aufkommenden Nationalsozialismus ausgelöst. In der DDR war die Masse der Bürger 1989 zwar vom politischen, nicht aber vom ökonomischen Scheitern des Systems Planwirtschaft überzeugt. Man sah zwar, dass es nicht so gut wie im Westen funktionierte, aber irgendwie hatte man sich arrangiert. Dass der Staat DDR die Dinge auf Kosten der Zukunft gemacht hat, das wurde nicht erkannt, schon gar nicht akzeptiert, übrigens ein Phänomen, das wir inzwischen auch im Westen kennen.

Zum Beispiel, ich nehme nur ein Beispiel, dass im Lausitzer Braunkohlen-Revier Rekultivierungen im Volumen von 25 Mrd. DM, verglichen mit entsprechenden Maßnahmen im Rheinischen Braunkohlenrevier unterlassen worden waren, spricht Bände. Diese 25 Mrd., die dann investiert werden mussten, waren natürlich konkrete Schulden, die das sozialistische System angehäuft hatte. Der Sozialismus hatte die Zukunft mit Schulden vorbelastet. Dies ist aber nur ein Beispiel. Für heute nur ein weiteres. Erinnern Sie sich nur an den Umweltbereich, z. B. die Abwasserhältnisse am Ende der DDR, dann ist auch dort ein Schuldenvortrag erfolgt. Die anschließende Investition musste in Form höherer Anschlussgebühren durch die Bürger bezahlt werden, die dann gesagt haben, jetzt werden wir von diesen Kapitalisten, die jetzt das Sagen haben, ausgenommen. Dass das Erblasten des Kommunismus waren, war zu diesem Zeitpunkt schon nicht mehr zu vermitteln. Das hätte in einer schonungslosen Eröffnungsbilanz offen gelegt werden müssen.

Aber es kam eins hinzu, das habe ich vorhin mit dem Zitieren von von Dohnany schon aufklingen lassen. In Theorie und Praxis der sozialen Marktwirtschaft wie auch nach allgemeiner Demokratietheorie erfolgt die Entwicklung der Gesellschaft von unten her. Wettbewerb heißt, der Markt entwickelt sich so, wie die Verbraucher wollen. Man muss sich rühren, initiativ werden, wenn man Erfolg haben will.

Im kommunistischen System ist es genau umgekehrt. Es war schädlich, wenn sich unten zuviel Eigenständigkeit, Alternativen entwickelte. Im Zweifelsfall landete man im Gefängnis, d. h. von „oben“ wurde vorgegeben, was dort „unten“ zu tun war. Das hat dazu geführt, gepaart mit dem in Deutschland nicht erst seit Bismarck gepflegten Obrigkeitsstaatsgefühl und der Fürsorglichkeit, die dieser Obrigkeitsstaat den Bürgern gegenüber suggerierte, etwa mit der Einführung der umlagefinanzierten Rentenversicherung - und das im 19. Jahrhundert - dass sich Eigeninitiative überhaupt nicht entwickeln konnte. Das so entstandene Gruppengefühl hat nur staatlich gewünschte Leistungen abverlangt und quasi nebenbei den risikobereiten selbständigen Mittelstand weitgehend aus der Unternehmenslandschaft eliminiert - zum Schaden der Volkswirtschaft und der Gesellschaft.

1990/91 hat mich in der Tat verblüfft, dass ich mit Handwerkern zu tun hatte, die reihenweise PDS gewählt haben. Warum? Es war schön geordnet in der DDR: festgelegte Einkaufspreise, festgelegte Verkaufspreise; man zahlte zwar ganz hohe Steuern, aber im Grunde war es eine etablierte Situation, die bei einigem Arrangement niemanden ruinieren konnte. Man hatte noch ein bisschen Bückware, man hat bestimmte Dinge schwarz gemacht und nebenher Geld verdienen können. Ganz anders plötzlich in dieser kalten Welt des Wettbewerbs mit Pleitenrisiko. Man muss insofern wissen, dass nicht jeder, der sich in der DDR Unter-

nehmer nannte ein dem Sinne Unternehmer war, in dem eine Marktwirtschaft Anforderungen an unternehmerisches Handeln stellt. Umfragen bestätigen, dass bis heute in Ostdeutschland - stärker als in Westdeutschland - obwohl das hier auch Platz gegriffen hat, das Bedürfnis vorhanden ist, der Staat solle sich kümmern, wenn etwas nicht richtig läuft. Wenn Menschen 40 Jahre erlebt haben, dass alles von oben entschieden wird, dann ist es schwer, über Nacht die Verantwortung selbst in die Hand zu nehmen und nicht darauf zu warten, was vorgegeben ist. Heute aber ist das Gebot der Stunde, selber anzupacken. Es ist ein bisschen so, dass auch ein Erschrecken vor Vielfalt und Unterschiedlichkeit bei der älteren Generation zu spüren war. Dazu kam etwas aus dem Westen hinzu, sozusagen als letzte Stufe der fortgeschrittenen Demokratie, nämlich Mitbestimmungsrechte aller Art. Das betraf Fragen des wirtschaftlichen Aufbaus, wie kann ich hier eine neue Fabrik bauen, kann ich dort eine Straße bauen? Sämtliche Verbandsbeteiligungsrechte und öffentlichen Anhörungsrechte, die es gab, kamen als Segnung vom Westen in den Osten. Gott sei Dank hat der Bundestag damals für Ostdeutschland ein vereinfachtes Planungsrecht beschlossen. Wenn das nicht gewesen wäre, wäre der Aufbau noch langsamer vor sich gegangen.

Es hat in dieser Zeit auch eine Rolle gespielt, dass es eine politische Bewegung entstanden war, wonach im Westen Wachstum eigentlich etwas Schädliches sei, als sei Wachstum nicht nötig. Vielmehr wurde propagiert, dass die, die für Nullwachstum eintreten, quasi die besseren Menschen seien, weil sie ja alles in Ruhe lassen und mit den Zuständen, die heute da sind, zurecht kommen. Das aber konnten nun die ostdeutschen Bundesländer überhaupt nicht gebrauchen. Wenn man eins organisieren muss vom Gesamtstaat her, dann ist es die Bereitschaft,

Wachstum zu akzeptieren und zwar in allen Konsequenzen, auch in der Konsequenz, dass dann bestimmte Flächen versiegelt werden mussten, neu versiegelt werden mussten, dass an bestimmten Stellen bestimmte Straßen, auch Ortsumgehungen gebaut werden mussten, sonst kann ich Wirtschaft nicht entwickeln. Grüne Aktivisten sind aus Westdeutschland gekommen - ich habe das handfest erlebt Anfang der 90er Jahre - und haben Ansiedlungschancen kaputt gemacht. Da wurde den Menschen, die die schnelle Hilfe wollten, eingeredet, sie wären keine richtigen Demokraten - wer will diesen Vorwurf schon auf sich sitzen lassen - wenn sie nicht alle Beteiligungsrechte ausschöpfen würden. Eine Zeit lang hat diese Runder-Tisch-Idee „Hauptsache, wir werden beteiligt“ dominiert. Mental wurde so der Abschied von der DDR, wo man nirgendwo beteiligt wurde, verarbeitet statt Priorität zu setzen für den Anspruch, sozial schnelle und wirtschaftlich schnelle Hilfe zu bekommen.

Wenn wir die aktuelle Entwicklung in den neuen Ländern betrachten, dann will ich doch sagen - so sehr ich vorhin für Niedersachsen zum Beispiel auf das Problem Alterung und auch Schrumpfung der Bevölkerung hingewiesen habe - dass diese Probleme in Ostdeutschland natürlich viel größer sind. Schon Anfang der 90er Jahre haben wir zum Beispiel in Brandenburg überlegt, ob man nicht - ein komischer Fachausdruck, aber ich nehme ihn trotzdem - „dezentrale Konzentration“ ansteuern müsse. Dabei steht nicht länger die flächenmäßige Betrachtung in allen Bereichen im Vordergrund, sondern raumordnerische Priorität ist dann regionale Zentrenentwicklung, nicht nur in Potsdam etwa oder Frankfurt/Oder, sondern in allen Regionen des Landes. Fördergelder sollten dann nicht mehr in die Fläche, sondern gezielt in diese Zentren gegeben werden, die dann ausstrahlen. Die Idee, das flächig zu machen, hat ja nicht nur zur Folge, dass im wirtschaftlichen Bereich Geld verkleckert wird für Ein-

zelförderung. Gravierender ist, dass ich dann auch die gesamte Infrastruktur vorhalten muss. Aber Schulen oder Krankenhäuser rechnen sich erst, wenn ich einen bestimmten Grundbestand an Nachfrage habe. Wenn ich öffentliche Dienstleistungen vorhalten muss, ohne dass die Grundnachfrage da ist, schaffe ich eine völlig überdimensionierte Grundstruktur. Das Geld ist weg, aber die Leistungen sind eigentlich nicht an der Stelle, wo sie hinkommen müssen.

Gegenwärtig erreicht das ostdeutsche Bruttoinlandsprodukt je Einwohner nur 63 % des durchschnittlichen Wertes im Westen. Erst mit gut 80 % sind die ärmsten westdeutschen Länder eingeholt und dann könnte man von einer Angleichung reden, denn diese Unterschiede zwischen 80 und 100 haben wir in Westdeutschland auch. Aber das ist nicht mit Sozialtransfers zu schaffen und ich denke, das ist der falsche Weg. Ich habe diese Auseinandersetzung lautstark und permanent mit meiner damaligen Kollegin Hildebrand in Brandenburg gehabt, die äußerst populär war, weil sie so redete, wie die Leute es hören wollten. Sie hat mit ihrer Popularität dafür gesorgt, dass die Mittel an völlig falscher Stelle eingesetzt wurden, nämlich in Aufrechterhaltung von Strukturen, die nur Geld geschluckt haben, in keiner Weise aber für Projekte, mit denen man Zukunftsvorsorge machen konnte. Aber ich darf kein Geld ausgeben für Versorgung, wenn ich nicht dafür Sorge, dass neues Saatgut entsteht, es ist verhängnisvoll, das alte zu verfüttern.

Das Volumen des Transfers von West nach Ost ist ohne Beispiel. Es ist ganz sicher ein Billionenbetrag. Es gibt kluge Leute, die sagen, die Verschuldung der öffentlichen Haushalte, die wir in Westdeutschland haben - ich nenne jetzt nur eine runde Summe - von 1,5 Mio., die ist zu mehr als zwei Dritteln aus diesem Transfer entstanden. Das ist einmalig. Nie

zuvor in der Geschichte der Industrienationen hat es einen Landstrich gegeben, der in einer derartigen Abhängigkeit von den Ressourcen eines anderen Landesteils stand.

Wir werden noch feststellen, dass die mittel- und osteuropäischen Länder, die keine solchen Transfers bekommen, in ihrer Entwicklung sehr viel homogener nach vorne gehen werden und wahrscheinlich sehr viel erfolgreicher sein werden. Leider hat sich meine frühe Sorge bestätigt, dass unter der Idee des gedachten Einheitsstaates, zum Beispiel Tarifniveaus von West nach Ost gebracht wurden, die dazu geführt haben zu verhindern, dass die ostdeutsche Wirtschaft jemals eine Chance hatte.

Eine Chance hat sie nur, so wie das uns die mittel- und osteuropäischen Länder vormachen, wenn man in einer Situation, wo es auch um die Finanzierung der eigenen Infrastruktur geht, dafür sorgt, dass das Wachstum im eigenen Bereich angegangen wird. Es wurden nicht genug Investitionen angeschoben. Gestern habe ich in der „WELT“ in einem Artikel gelesen „Grüne fordern Sanktionen gegen Ostländer“. Warum? Es ist festgestellt worden, dass bis auf Sachsen alle Länder die Mittel, die sie für wirtschaftliche Entwicklung bekommen, zweckentfremdet haben, um Einrichtungen aufrecht zu erhalten, die es in dieser Form im Westen nicht oder nicht mehr gibt. Wer Konsum statt Investition fördert, betreibt eben eine Zweckentfremdung von Mitteln. Das ist richtig. Bis 2020 läuft der Solidarpakt II. Das sind bis dahin nochmals dreistellige Milliardensummen. Danach aber wird es keine Spezialbehandlung mehr geben und auch der europäische Strukturfonds wird dann wohl erschöpft sein. In der Zwischenzeit haben wir auch in Niedersachsen dadurch ein paar handfeste Probleme, so laufen z. B. in Helmstedt sämtliche Förderungen aus und drei Kilometer weiter in Sachsen-Anhalt wird jede Investition mit

über 50 % gefördert. Und dass das natürlich im Westen auch erhebliche Probleme schafft, das ist richtig. Wobei mir immer wieder Unternehmer sagen, das Entscheidende sei überhaupt nicht der Zuschuss, den nehme man gerne mit. Und wahr ist: Wenn ich einen Zuschuss von heute auf 10 Jahre umrechne, dann schrumpft der Zuschuss in seiner Bedeutung erheblich zusammen. Wichtiger als alles andere ist, wie schnell habe ich meine Investition realisiert, wie schnell ich bin ich mit Produkten im Markt. Durch die Übertragung westdeutscher Normen, westdeutscher Bürokratie ist im Osten viel an eigenen Entwicklungsmöglichkeiten abgeschnitten worden.

Ich plädiere in diesem Zusammenhang für eine faire Betrachtung. Es war nicht möglich zu erwarten, dass das so genannte Wirtschaftswunder der 50er Jahre im Westen auf den Osten übertragbar war. Wir wissen heute, dass das Wirtschaftswunder im Westen Deutschlands durch die Unterbewertung der DM zur damaligen Zeit begünstigt wurde. Es gab auch kaum internationale Konkurrenz. Die Staaten waren alle damit beschäftigt, die eigenen Kriegswunden zu heilen. Durch die Unterbewertung der DM hatten wir besondere Chancen im Export und waren besonders erfolgreich mit dem Vertrieb unserer Produkte Made in Germany. Für die neuen Bundesländer hatte die Währungsumstellung gegen- teilige Konsequenzen.

In der Rückschau ist glasklar, welche Fehler gemacht wurden. Die Politik hat den Eindruck erweckt, dass man flächendeckend die gleichen Bedingungen schaffen könne und hat damit die Erwartung auf rasche Veränderung genährt. Statt Unterschiede zuzulassen und Preise vor Ort sich entwickeln zu lassen, wurde das gesamte Sozialsystem praktisch über Nacht eins zu eins übertragen. Und so haben die neuen Bundes-

länder den Westen bei den Kosten schnell erreicht, doch die Produktion hinkt bis heute hinterher. Und im Unterschied zu der Zeit in den 50er Jahren waren die Auslandsmärkte keine Möglichkeit, Absatz zu tätigen, weil zur gleichen Zeit der COMECON zusammengebrochen ist. Die klassischen Außenmärkte im Osten sind in dem Zeitpunkt weg gebrochen, als die Notwendigkeit bestand, sich darauf zu stützen.

Noch heute ist es manchmal schwierig, mit ostdeutschen Produkten in den ehemaligen COMECON-Staaten oder auch in China Platz zu greifen. Mir hat einmal ein verzweifelter Manager auf einem Flughafen gesagt, als er den Chinesen erzählt habe, er komme der ehemaligen DDR - er meinte, damit eine bessere Basis für Kontakte zu finden, nach dem Motto „Ihr habt doch ein kommunistisches System gehabt und wir auch“ - da hätten seine Gesprächspartner gesagt, das wissen wir genau, was das ist. Das wollen wir nicht haben. Wo kommen Sie her? Da nehmen wir lieber westdeutsche Produkte. Der Mann war verständlicherweise ganz verzweifelt. Er hat dann deutlich machen wollen - es hat ihm aber nichts mehr geholfen - dass er Teil eines westdeutschen Konzerns war und die Normen alle die gleichen sind. Sie sind auch die gleichen, die Qualitäten. Aber es wurde ihm nicht abgenommen.

Ich sage das nur, um deutlich zu machen, wie schwer es für die ostdeutschen Bundesländer ist, im Export Fuß zu fassen. Natürlich ist die bedrückend hohe Arbeitslosenquote im Osten ein Faktum in der öffentlichen Diskussion. Diese Zahlen sind ein Beleg der ungleichen Lebensverhältnisse. Aber mein kurzer Hinweis gehört aber auch zur Wahrheit - insofern würde ich diesen Vortrag auch gerne noch mal in Brandenburg oder Sachsen-Anhalt oder wo auch immer halten. Ich weiß, dass die Zuhörer nicht ganz so ruhig wären wie hier heute Abend. Dieser bedauerli-

che Umstand ist aber nicht nur eine Folge der Vereinigungspolitik, sie ist auch Nachwirkung der Arbeitsgesellschaft DDR, in der ja die Arbeitslosigkeit hinter den Betriebstoren versteckt wurde.

Und sie ist, das habe ich schon gesagt, ein Resultat von Tarifpolitik der 90er Jahre, bei der der Bezug zur Produktivität fast völlig verloren gegangen ist. Nicht in Einzelfällen. Wir haben ein Unternehmen aus Niedersachsen, ich nenne z. B. mal: Thimm Papier aus Northeim, die zahlen in ihrem Werk am Rande Berlins nicht nur die gleichen Löhne wie in Northeim, sondern höhere Löhne, und zwar weil die Produktivität in dem Werk höher ist als in Südniedersachsen. Das ist mit dem Gesamtbetriebsrat alles abgestimmt. Aber das war dann eine Entscheidung aufgrund konkreter Fakten und nicht von allgemeinen Tariferwägungen, die ich eben angesprochen habe. Umstritten war die Frage insbesondere, wie der Industrie in den neuen Ländern neues Leben eingehaucht werden kann. Dass der Industrialisierungsgrad aus den Tagen der Kombinate und der VEB's schon lange der Vergangenheit angehört ist unübersehbar.

Das war auch etwas, wo sich sehr viel, wie soll ich sagen, Zusammenbruch von Selbstbewusstsein ereignet hat.

Die DDR hatte auf dem Papier eine sehr hohe Industriequote. Und zwar auch deshalb, weil z. B. in einem Stahlkombinat die Tanzgruppe, die man dort hatte, in der Statistik der Industrie zugerechnet wurde. Alles, was so ein Kombinat machte, war Industrie. Sie wissen, dass im Westen Deutschlands über Outsourcing auch dadurch, nicht nur wegen der weltweiten Entwicklungen, der Industrieanteil ständig zurückgegangen ist. Das wurde aber im Osten als komplette Deindustrialisierung empfunden.

den über die objektiven Tatbestände hinaus. Ich glaube, dass die Idee um industrielle Kerne herum konzentriert etwas Neues aufzubauen, richtig war und richtig ist.

Gezielte Förderung regionaler Wachstumspotentiale, insbesondere im Zusammenhang mit Forschung und Entwicklung muss der Schwerpunkt der kommenden Jahre sein. D. h. man muss Abschied nehmen von der Vorstellung einer flächendeckenden Subventionierung. Diese ist bei der Lage der öffentlichen Haushalte auch nicht mehr realisierbar. Dafür ist jeder Euro zu schade, weil er an anderer Stelle ertragreicher investiert werden kann.

Es ist hochinteressant, dass in diesen Tagen die Diskussion wieder begonnen hat, ob man mit anderen Steuerregelungen in Ostdeutschland helfen könnte. 1990 hatte sich die FDP z. B. für eine Halbierung des Umsatzsteuersatzes eingesetzt, ist aber nicht durchgedrungen innerhalb der Koalition. Das war eine Forderung, die auch der damalige BDI-Präsident Till Necker immer wieder vertreten hat. Steuerliche Regelungen haben den großen Vorteil, dass sie keiner bürokratischen Nachprüfung bedürfen, wie das bei jeder Zuschussregelung ist, die es aus dem Topf der Gemeinschaftsaufgabe gibt. Damals hat sich das nicht durchgesetzt. In den letzten Tagen hat Altbundeskanzler Helmut Schmidt bei einer Diskussion, wie man denn helfen könne, genau diese Idee wieder belebt. Ich allerdings bin heute im Gegensatz zu damals skeptisch, dass das jetzt der oder die absolute Patentlösung sein könnte. Aber steuerliche Regelungen sind sicher besser als die Fortführung oder Aufstockung der Gemeinschaftsaufgabe, weil das nur Verschiebungen ohne wirklichen Mehrgewinn sind.

Beim Aufbau Ost gibt es trotz all der Probleme, trotz der Arbeitslosigkeit auch ganz viele Erfolgsbeispiele. Zwar ist die alte DDR nicht flächendeckend, das ist wohl wahr, eine blühende Landschaft wie Helmut Kohl das gesagt hat, aber in Teilregionen, wenn ich an Dresden denke, wenn ich an Jena denke, an Teltow-Fläming und einige andere Bereiche, dann haben wir diese blühenden Entwicklungen und eine viel modernere Industrie als in Westdeutschland haben.

Die Brandenburger empfanden das 1992/93 als etwas zynisch, wenn ich gesagt habe, dort entsteht diese Industrie leider oft in viel zu kleinen Betrieben. Leider werden wir in Westdeutschland auch noch dorthin kommen. Wir haben noch eine Verschiebung aus dem industriellen Bereich in andere Bereiche vor uns, wie sie im Übrigen die Dänen, die Holländer und die Briten schon hinter sich haben. Aber in Deutschland haben wir sie noch vor uns. Dort gibt es auch viel Aufbauleistung der Menschen.

Wir müssen uns frei machen davon, dass das flächendeckend möglich ist. Es gibt die Leuchttürme, wenn ich an Neuansiedlung von BMW, Daimler Chrysler, Porsche oder VW, also im Automobilbereich denke, wenn ich an die Chemie denke, wo der Osten durchaus attraktiv ist. Aber der Weg bleibt anstrengend und ohne Mühe auch in Zukunft nichts.

Der Verfassungsauftrag der Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse gehört zu unserem Selbstverständnis und es ist in anderen Zusammenhängen bei kleineren Problemen gelungen, ihn durchzusetzen: Einbeziehung des Saarlandes, Bewältigung des Strukturwandels bei Stahl, Kohle, Landwirtschaft und Schiffbau, Zonenrandförderung und jetzt dem riesigen Thema Aufbau der neuen Bundesländer. Das bleibt die größte Herausforderung. Wir müssen erkennen, dass wir nicht ver-

suchen können, alles mit Geld zu lösen, sondern die Rahmenbedingungen müssen in Deutschland wieder stimmen.

Insofern teile ich uneingeschränkt die These, die in einem großen Artikel am 13. November letzten Jahres der frühere Leiter des wissenschaftlichen Instituts in Halle, Professor Rüdiger Pohl, vertreten hat, dass nur mit einer Wachstumspolitik für ganz Deutschland auch der Aufbau Ost voran kommt. Wer glaubt, dass angesichts der Haushaltsschwierigkeiten, die es im Westen gibt, ein Zusammenwachsen über Geldströme zwischen West nach Ost wirklich erfolgen kann, ohne dass man die Wachstumskräfte im Westen belebt, der wird mit Zitronen handeln. Es ist nicht zuerst die Geldfrage, es stellt sich vielmehr inzwischen für ganz Deutschland, wenn wir den Aufbau Ost erfolgreich bewältigen wollen, eine Mentalitätsfrage.

Es stellt sich die grundsätzliche Frage, wie viel Sozialstaat, wie viel Daseinsvorsorge, wie viel an Intervention oder Regulierung wir uns noch leisten müssen, wollen oder können, wie viel Eigenverantwortung sein muss, und das in Ost und West. Wir stehen vor Herausforderungen die neu sind oder sich dramatisch zuspitzen: Globalisierung, die neue Arbeitswelt in der digitalen Revolution, eine alternde Bevölkerung, Wertewandel mit zunehmender Individualisierung. Wir müssen uns im Klaren sein, dass die Anspruchshaltung gegenüber dem Staat zurückgeschraubt werden muss und die Mentalität des Nullwachstums überwunden werden muss.

Im Zuge der Übernahme neuer Aufgaben durch den Staat in den letzten Jahren sind im Grunde zum Teil absichtlich oder auch unabsichtlich Werte zerstört worden, die jede Gesellschaft prägen, jedenfalls die erfolgrei-

chen. Gemeint ist die Verantwortung des Einzelnen, die Rolle der Familie und der Gemeinschaft. Nur wenn diese Voraussetzungen als Nährboden von Freiheit wieder stimmen, werden Wiederaufbau und echte Einheit zu erreichen sein. Die Eingriffe des Staates in die Wirtschaft müssen zurückgedrängt werden.

Wir werden nur mit einer neuen Ordnungspolitik mit weniger Bürokratie zu dieser Mentalität der Eigenverantwortung kommen. Dann glaube ich allerdings, dass die Menschen im Osten genau wie im Westen ihre Chancen nutzen werden. Immerhin waren ja zum Beispiel Sachsen und Schwaben die Mittelstandsregionen Deutschlands und Schwerpunkte industriellen Wachstums. Das deutet sich Fall Sachsen auch wieder an. Dazu hat die sächsische Regierung mit kluger Politik beigetragen. Aber es hängt auch mit den äußeren Bedingungen zusammen, wie der Tatsache, dass in dem kleineren Sachsen, im Vergleich zu Brandenburg kleineren Sachsen doppelt so viel Menschen wohnen. Bei höherer Bevölkerungsdichte rechnen sich nun einmal bestimmte Investitionen besser und deswegen können dort positive Entwicklungen besser Platz greifen. Das ist noch einmal eine Bestätigung dafür, was „dezentrale Konzentration“ meint, dass gerade bei dem Bevölkerungsrückgang in Ostdeutschland die Entwicklung auf Zentren konzentriert werden muss.

Im Kern geht es darum - und damit möchte ich schließen: Wir müssen neue Dynamik organisieren statt bloß Geld zu verteilen. Die runden Tische haben 1990 dazu beigetragen, dass Friedfertigkeit Wandel und Aufbau geprägt hat. Das Unterhaken war angesichts von politischer Unsicherheit in dieser Situation wesentlich und wichtig. Aber in einer Welt, in der Leistung und Tempo gefragt ist, behindert Unterhaken beim Laufen im Wettbewerb.

Ein grundsätzlicher Mentalitätswechsel ist in Ost und West gefordert. Meine größte Hoffnung ist, und das wird durch Umfragen bestätigt, dass die junge Generation, die heute 20jährigen, die nicht mehr beeinflusst sind von dem, was die Älteren erlebt haben oder erleben mussten, dass die das packen werden. Aber ehe sie die Macht zur Prägung der Gesellschaft haben, vergehen noch einmal 15 Jahre. Das ist das eigentliche Problem. In 15 Jahren wird man hoffentlich nicht mehr in der Form von Ost und West reden, wie das heute der Fall ist. Gelingen wird das nur, wenn wir ab sofort begreifen, dass sich Deutschland insgesamt in einer völlig veränderten Welt behaupten muss.